

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telefax: (02 28) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15



Inhalt

Mit der faktischen Preisgabe von Gorazde durch die UNO setzt der UN-Sicherheitsrat seine Glaubwürdigkeit aufs Spiel. Der Sicherheitsrat muß seine Arbeit reformieren fordert Dr. Eberhard Brecht MdB.

Seite 1

Die Chance für eine enge Zusammenarbeit mit Pakistan sieht Dr. Klaus Kübler MdB im Besuch der Premierministerin Benazir Bhutto in Bonn begründet.

Seite 2

Einen miserablen Eindruck vom Umgang der Trauhandanstalt mit Arbeitsplatz- und Investitionszusagen hat Hilrich Kuesener MdB.

Seite 4

49. Jahrgang / 74

19. April 1994

Resolutionslyrik hilft den Bosniern nicht
In Gorazde steht die Glaubwürdigkeit des UN-Sicherheitsrats auf dem Spiel

Von Dr. Eberhard Brecht MdB
Vorsitzender des UNO-Unterausschusses des Bundestages

Mit der faktischen Preisgabe von Gorazde schlägt auch die Stunde der Wahrheit für den Sicherheitsrat der UNO. Sein Zurückschrecken vor der serbischen Eroberungspolitik zeigt, daß er nicht wilens ist, für die Verantwortung, die er einmal übernommen hat, auch einzustehen. Wichtiger als die Erweiterung und neue Zusammensetzung des Sicherheitsrats ist deshalb die Reform seiner Arbeit selbst. In Resolutionen gegossene Verantwortung kann nicht beliebig aufgeschmolzen werden. Denn in solcher Schmelze verglühn nicht nur Hoffnung und Vertrauen der Betroffenen, sondern auch die Glaubwürdigkeit des Gießers, des Sicherheitsrates.

Da wird eine Resolution 688 im Zusammenhang mit dem Golfkrieg verabschiedet, aus der bestimmte Sicherheitsratsmitglieder eine 'Flugverbotszone' herauslesen, die dort explizit nicht zu finden ist. Und man schießt, notfalls auch auf zwei nicht-irakische Hubschrauber. In der Resolution 836 hingegen wird beschlossen, bei Beschuß der UN-Schutzonen in Ex-Jugoslawien entsprechend Resolution 824 "die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, einschließlich der Anwendung von Gewalt". Doch im Fall von Gorazde sind sich die Mitglieder des Sicherheitsrates schnell einig, die UN-Soldaten bei zunehmender Gefahr zu evakuieren und die entstandene Situation - das Zusammenschießen einer Stadt mit Tausenden von Flüchtlingen - mit "Besorgnis" zur Kenntnis zu nehmen. Mehr noch: Der britische UNO-Botschafter David Hannay leugnet vor laufenden Kameras die Garantie des Sicherheitsrates für die bosnische Stadt.

Welch exegestische Fähigkeiten zur Deutung der Resolutionslyrik mutet der exklusive UNO-Club der Weltöffentlichkeit und noch mehr den muslimischen Bosniern eigentlich zu?

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 1801 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Kostenloser Versand
mit wertvollen Beilagen
Reactive-Poster



Eine allgemeine Beschimpfung der UNO ist nicht angebracht. Der Schuldige heißt auch nicht Butros Ghali, dessen Absetzung Haris Silajdzic forderte. Schuld ist eine inkonsequente Politik des Sicherheitsrates, der unter dem Druck einer mediengesteuerten Öffentlichkeit ständig neue Verantwortung übernimmt, ohne sie einzulösen. Symbolische Drohgebärden, wie der Abschuss zweier Panzer aus der Luft, die dann aber ohne Konsequenz bleiben, müssen das Ansehen des Sicherheitsrates und der ihn tragenden Großmächte notwendig weiter ramponieren.
(-/19. April 1994/hgs/ks)

Pakistans Demokratie stützen

Der Besuch der pakistanischen Premierministerin Benazir Bhutto in Bonn begründet die Chance für eine enge Zusammenarbeit

Von Dr. Klaus Kübler MdB

Die erste offizielle Europareise nach ihrem Amtsantritt vor sechs Monaten führt die pakistanische Premierministerin Benazir Bhutto nach Deutschland. Das ist ein deutliches Signal und Chance für eine auf einen längeren Zeitraum angelegte enge demokratische und wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Die zum zweiten Mal nach freien Wahlen im Oktober 1993 im zweitgrößten islamischen Staat zur Regierungschefin gewählte Benazir Bhutto ist eine überzeugte, charismatische Vorkämpferin für Demokratie und für soziale Gerechtigkeit, für Menschenrechte, Frauenrechte und Pressefreiheit.

Es gibt wohl kaum ein zweites islamisches Land, das eine sich der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit so verpflichtete Regierungschefin hat. Ihr Demokratieverständnis, ihr Verständnis von demokratischen Rechten wie zum Beispiel der Pressefreiheit, von Frauenrechten, von Menschenrechten und insbesondere auch sozialer Gerechtigkeit entspricht internationalem Verständnis und ist nicht wie in der großen Mehrzahl der anderen asiatischen Staaten national- und herrschaftsegoistisch bestimmt.

Pakistan als bevölkerungsmäßig zweitgrößtes islamisches Land ist deshalb ein Land, mit dem die Bundesrepublik Deutschland bewußt und erklärterweise besonders eng zusammenarbeiten sollte.

Pakistan ist zur Zeit das einzige bedeutende islamische Land mit einem frei gewählten und demokratisch funktionierendem Parlament. Der demokratische Machtwechsel vollzog sich reibungslos. Dies ist umso bemerkenswerter, als sich hier in Pakistan eine Entwicklung getan hat, die Pakistan von fundamentalistischen islamischen Ländern abhebt und die auch im Grunde konträr zu den Entwicklungen in anderen islamischen Ländern läuft, die zunehmend Probleme mit fundamentalistischen Strömungen haben oder in denen vorhandene demokratische Strukturen tendenziell ausgehöhlt werden. Deshalb wird Premierministerin Benazir Bhutto auch einen behutsamen Weg gehen müssen, um sich nicht zu viele Feinde zu schaffen.

Innenpolitik

Premierministerin Benazir Bhutto und Staatspräsident Sardar Farooq Ahmed Khan Leghari gehören derselben Partei an und sind politische Weggefährten. Während ihrer ersten Amtszeit als Premierministerin gab es ständige Machtkämpfe mit dem damaligen konservativen Staatspräsidenten Ghulam Ishag Khan, der sie schließlich nach relativer kurzer Amtszeit wegen angeblicher Unfähigkeit und Korruptionsvorwürfen im Sommer 1990 amtsenthoben hatte. In beispiellos kämpferischer und ebenso politisch geschickter Weise und trotz Wahlniederlage unmittelbar nach ihrer Amtsenthobung bereitete sie ihr politisches comeback vor und errang einen überzeugenden Wahlerfolg im Oktober 1993.

Die politischen Verhältnisse sind nicht nur wegen des ebenfalls aus der Pakistan People's Party (PPP) kommenden Staatspräsidenten Leghari stabiler, sondern auch die Armee steht Benazir Bhutto gegenwärtig positiv gegenüber. Andererseits hat sie un stabile Koalitionspartner, Abgeordnete, die für Geld ihre Partisanen verlassen und überlaufen.

Benazir Bhutto wird an der Privatisierungs- und Liberalisierungspolitik ihres Vorgängers festhalten wollen, aber sie weiterentwickeln im Sinne einer sozialen Marktwirtschaft. Dies ist wohl die entscheidende Voraussetzung, fundamentalistischen Strömungen, oftmals aus sozialen Mißständen genährt, entgegenzuwirken. Pakistan kann in den letzten Jahren durchaus auf Erfolge in der Wirtschaftspolitik mit jährlichen Wachstumsraten von fünf Prozent verweisen; Deutschland ist einer der wichtigsten Handelspartner Pakistans und nach Japan zweitgrößter Geber an Entwicklungshilfe. Pakistan ist drittgrößtes Empfängerland deutscher Entwicklungshilfe.

Aus demokratiepolitischen und aus wirtschaftspolitischen Gründen ist Pakistan ein Land, in das investiert werden sollte.

Schwierige Aufgaben stehen Benazir Bhutto im sozialen und wirtschaftlichen Bereich bevor. Dazu gehört auch die Besteuerung des Großgrundbesitzes, die Voraussetzung für ein konsequentes ökonomisches Strukturanpassungsprogramm ist. Schwierige Aufgaben auch beim Zurückdrängen der weitverbreiteten Kinder- und Sklavenarbeit, letzteres besonders im ländlichen Bereich, und bei der Drogenbekämpfung (80 Prozent des Heroinverbrauchs in Deutschland kommt aus oder über Pakistan in die Bundesrepublik Deutschland).

Außenpolitik

Das Verhältnis zu Indien ist traditionell gespannt und zur Zeit schlecht und faktisch sprachlos. Die gespannte Situation ist nicht nur auf die Kaschmir-Frage zurückzuführen, auch wenn sie heute die zentrale Frage im pakistanisch-indischen Verhältnis spielt. Sie besteht seit der Teilung des britisch-kolonialen Indiens in ein Indien und in ein Pakistan mit seitdem angelegter Rivalität und ständigem Mißtrauen, mit den häufigen Versuchen, den jeweiligen Nachbarn zu schwächen sowie in der Verselbständigung Ostpakistans zu Bangladesh, wofür Indien maßgeblich verantwortlich gemacht wird.

An Verhandlungen über Kaschmir ist zur Zeit nicht zu denken. Die indische Seite hat daran letztlich auch kein Interesse. Deshalb waren bisherige Verhandlungen von indischer Seite mehr oder weniger nur Scheinverhandlungen. Indien "besitzt" Kaschmir und will es unter keinen Umständen zu einer Volksabstimmung kommen lassen. Eine Konzession von indischer Seite würde neben anderen Gründen (Verstärkung von Selbstbestrebungen in anderen Landesteilen, Aufhebung des Prinzips eines laizistischen Staates mit dem Zusammenleben von Hindus und Moslems) als Schwäche in der Dauerrivalität zwischen Pakistan und Indien gesehen werden. Hinzu kommt, daß der alte Freund Pakistans, die Volksrepublik China, der lange Zeit ein gespanntes Verhältnis zu Indien hatte, sich in der Kaschmir-Frage seit der Genfer Menschenrechts-Kommission 1994 auf die Seite Indiens geschlagen hat. Ein schwerer Schlag für Pakistan. Überhaupt ist die neue Achse, und viele sprechen schon von ihr, China-Indien-Iran eine große Belastung für Pakistan.

Eine Lösung des Kaschmir-Konfliktes setzt voraus, daß Indien die massiven Menschenrechtsverletzungen in Kaschmir abstellt und daß Pakistan in der Lage ist, jede Form militanter Unterstützung zu unterbinden. Die Kaschmir-Frage, die den ganzen indischen Subkontinent nachhaltig belastet, ist längst auch eine Frage mit internationalen Folgen. Deshalb ist die internationale Staatengemeinschaft gefordert, wie es die entsprechenden UN-Resolutionen in der Vergangenheit auch bestätigt haben. Die zwischenzeitlich versuchte bilaterale Internalisierung durch das Simla-Abkommen 1972 hat zu keiner Lösung geführt. Die nukleare Aufrüstung beider Länder, die wir verurteilen, ist eine der zahlreichen negativen Folgen.

Große Aufgaben und Hoffnungen kommen auf Benazir Bhutto zu.

(-/19. April 1994/hgs/vc-hg/ks)

Treuhand hat Ihre Schulaufgaben schlecht gemacht
Unserlöser Umgang mit Arbeitsplatz- und Investitionszusagen

Von Hinrich Kuesener MdB

Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion im Treuhand-Untersuchungsausschuß

Bundesregierung und Treuhandanstalt (THA) benutzen Arbeitsplatz- und Investitionszusagen in erster Linie als Propagandainstrumente. Die veröffentlichten Zahlen sind nicht belastbar. Ihre Einhaltung wird nicht durchgesetzt. Ihre weitere Verwendung dient lediglich einer Irreführung der Öffentlichkeit. Dies machten die Zeugenvernehmungen von verantwortlichen Beamten des BMF und Mitarbeitern der THA einschließlich deren Vizepräsident Brahms sowie mehrerer externer Sachverständiger deutlich.

Arbeitsplatzzusagen

Von anfangs über vier Millionen Arbeitsplätzen in Treuhandverantwortung wurden angeblich 1,5 Millionen - so Bundeskanzler Kohl in fast jeder einschlägigen Rede und die THA in ihren monatlichen Erfolgsbilanzen für die Öffentlichkeit - vertraglich gesichert. Nach Aussagen von Treuhand-Vize Brahms vor dem Untersuchungsausschuß sind aber allenfalls 800.000 dieser Arbeitsplätze im Vertragsmanagement der THA erfaßt. Über die Verbindlichkeit der übrigen Zusagen kann die THA auf nähere Fragen überhaupt keine Aussage machen. "Wir gehen aber von einer Einhaltung aus", war die Einlassung eines der zuständigen Direktoren.

Die Werthaltigkeit auch der Zusage von 800.000 Arbeitsplätzen (nach anderen, dem Untersuchungsausschuß vom BMF zugeleiteten Materialien gab es per 31. Dezember 1993 706.279 mit Vertragsstrafen gesicherte Arbeitsplätze) muß nach den Beweiserhebungen im Untersuchungsausschuß zusätzlich angezweifelt werden:

- Die Überprüfungen hinsichtlich der Einhaltung der Zusagen wurden bis heute für die Jahre 1991 und 1992 lediglich für circa 80 Prozent (für 1993 für 48 Prozent) der Verträge abgeschlossen. Etwa 20 Prozent der Zusagen wurden danach nicht eingehalten. Die "nicht abgeschlossener" Überprüfungen verdoppeln diese Zahl, da hier in der Regel die befragten Unternehmen eine Auskunft verweigern und die THA über keine ausreichenden Sanktionsmittel zur Auskunftseinholung verfügen dürfte. Im Ergebnis sind also 40 Prozent dieser Zusagen zweifelhaft.

Von der THA veröffentlichte Sollüberschreitungen bei den Globalzahlen - etwa 16 Prozent für 1992 - dürfen auch nach Meinung des hierzu im Untersuchungsausschuß gehörten Vorsitzenden der Fünf Weisen, Professor Hax, nicht mit Mindereinhaltung an anderer Stelle verrechnet werden.

Dieses - gesamtwirtschaftlich erfreuliche Ergebnis - weist aber gleichzeitig auf die geringe volkswirtschaftliche Bedeutung dieser Zusagen hin. Dies räumte auch THA-Vizepräsident Brahms ein, als er zu erkennen gab, daß diese Zusagenvereinbarungen insgesamt nicht zur Sicherung von zusätzlichen Arbeitsplätzen geführt haben. Außer dem Ausschluß von möglichen Grundstücksspekulationen im Einzelfall hat dieses Instrument - bezogen auf die gesamte THA - daher in erster Linie zu insgesamt deutlich niedrigeren Privatisierungserlösen (nach Angaben von John von Freyend, dem für die Aufsicht über die THA zuständigen Abteilungsleiter des BMF, circa 100 Milliarden!) geführt als ohne solche Vereinbarungen zu erreichen gewesen wären. Ihrer beschäftigungspolitischen Aufgabenstellung ist die THA mit diesem Instrument nicht gerecht geworden.

- Vizepräsident Brahms konnte auch nicht belegen, daß eine greifende finanzielle Absicherung von Vertragsstrafen die Regel war. Obwohl Treuhandchefin Breuel in der Öffentlichkeit mehrfach von der Absicherung von Pönalen auch durch Bürgschaften gesprochen hat, ihm wurden verschiedene Gegenbeispiele wie Absicherung mehrerer Millionen-Pönalen durch eine 50.000 DM-GmbH entgegen gehalten. Der zuständige THA-Direktor konnte den Nachweis der ausreichenden Absicherung einer angeblichen 30-Millionen-Pönale im Falle der

Leuna-Privatisierung ebenfalls nicht nachweisen. Vizepräsident Brahms verteidigte ein solches Vorgehen der THA mit der moralischen Wirkung derartiger Zusagen. Dies bedeutet allerdings sogar bei auf ihren Ruf bedachten seriösen Unternehmen wenig, solange die Zusagen den Arbeitnehmern beziehungsweise der Öffentlichkeit aus "Datenschutzgründen" vorenthalten werden. Auch hier geht es um öffentliche Mittel, zumal Arbeitsplatzzusagen in der Regel zu nachhaltigen Freianlässen geführt haben.

Am zweifelhaftesten - hier hatten die THA-Vertreter "leider keine Zahl zur Hand" - erscheinen die Arbeitsplatzzusagen sogenannter "Developer", die in THA-Einschätzung nicht privatisierungsfähige Betriebe zu Spekulationszwecken aufgekauft haben und anschließend schnell weiterverkauft. Im Zusammenhang mit Grundstücksverkäufen der Treuhandliegenschaftsgesellschaft (TLG) liegen nach THA-Angaben immerhin eine Viertel Million Arbeitsplatzzusagen vor.

- Das THA-Vertragsmanagement führt in seinen internen Statistiken bislang erst 560.000 Arbeitsplatzzusagen/Stichtag Ende 1993 als vertraglich fällig auf. Hier ist die Einhaltung der Verträge für knapp 50 Prozent überprüft. Gleichwohl erweckt die THA in der Öffentlichkeit den Eindruck, als ob hier auch eine Übererfüllung festgestellt werden konnte.
- Die THA-Mitarbeiter konnten im Untersuchungsausschuß nicht deutlich machen, warum Zusagen, deren vertraglicher Termin (zum Beispiel 31. Dezember 1993) abgelaufen ist, weiterhin in der Erfolgsstatistik der THA fortgeführt werden.

Immerhin gab der zuständige Abteilungsleiter des BMF zu erkennen, daß zum Beispiel auch in die Zusagen einbezogene ABM- und Teilzeitarbeitsplätze derzeit nicht mehr in die Verträge einbezogen würden.

- THA-Mitarbeiter konnten die Frage nicht beantworten, ob die Arbeitsplatzzusagen betrügerisch privatisierter Betriebe (BBB Rostock, Thüringische Faser Rudolfstadt, Silikatwerke Brandis/Sachsen) weiterhin in ihrer 1,5-Millionen-Statistik aufgeführt sind. Die übersandten Akten belegen jedoch, daß all diese Zusagen noch heute Bestandteil der "Erfolgsstatistik" sind.
- Obwohl angeblich einige Musterprozesse laufen, konnte bislang in keinem Fall eine "Vertragsstrafe" hereingeholt werden. Vizepräsident Brahms stellt die Sinnhaftigkeit eines solchen Vorgehens auch grundsätzlich in Frage.
- Zum Umgang der THA mit diesem Instrumentarium hat sich auch der BRH mehrfach und außerordentlich kritisch (zum Beispiel Bundestagsdrucksache 12/5650) geäußert. Die THA hat die Berechtigung dieser Kritik insoweit auch gegenüber dem Untersuchungsausschuß bestätigt, als sie darstellt, daß sie über die Strafbewehrungen im Einzelfall, Stundungen, ebenso wie über den Verzicht auf die Eintreibung von Pönalen, keine Übersicht hat und dies für die Jahre 1990/1991 ohnehin nicht mehr leisten könne. Immerhin stammen aber 65 Prozent der 1,5 Millionen Zusagen aus diesen beiden Anfangsjahren!

Die unzureichende Dokumentation war auch eine der Hauptkritikpunkte des Bundesrechnungshofs. Es ist zu vermuten, daß vor allem daher die THA eine viel größere Mitarbeiterzahl für das künftige Vertragsmanagement für erforderlich hält ("Über 10.000 Prozesse erwartet"), als Gutachter des Bundestages und des Bundesrechnungshofs für einsichtig halten.

Bundesregierung ebenso wie THA sind nach diesen teilweise peinlichen Eingeständnissen aufgerufen, in Zukunft von diesen unseriösen und nicht belastbaren Zahlen keinen Gebrauch mehr zu machen.

Investitionszusagen

Hier spricht die THA - und auch das wird immer wieder zu unrecht vom Bundeskanzler aufgegriffen - von angeblichen Investitionszusagen in der Höhe von DM 186,6 Milliarden. In ihrer letzten Veröffentlichung (Monatsbericht Januar 1994) dazu kann selbst die THA selbst - verteilt

auf die einzelnen Länder - nur 150 Milliarden belegen. Jeder Experte weiß, daß zum Beispiel die hierbei möglicherweise "geschlabberten" 30 Strommilliarden angesichts des langsamen Aufschwung Ost längst nicht mehr so viel wert sind.

Vizepräsident Brahmns machte deutlich, daß die THA intern in ihrem Vertragsmanagement von bescheideneren Zusagen (insgesamt 107 Milliarden, das heißt 60 Prozent der von der THA veröffentlichten Zusagen!) ausgeht. Es ist unklar, ob unter diesen 107 Milliarden auch die 30 Strommilliarden berücksichtigt sind. Tatsächlich investiert sind bis heute lediglich 14 Milliarden. Von diesen 107 Milliarden sollen in diesem Jahr 20 Milliarden, 1995/96 jeweils 22 Milliarden, 1997 zehn Milliarden investiert werden. Dies ist angesichts der insgesamt erfreulichen Investitionsentwicklung in Ostdeutschland ein bescheidener Betrag der von der THA erwirkten Zusagen.

Makroökonomische Aufgaben der THA?

Einblick in das THA-Denken gaben im Zusammenhang mit den Vernehmungen zu den Zusagen mehrere Befragungsrunden, in denen THA-Mitarbeiter und -Verantwortliche ein erstaunlich breites Spektrum hinsichtlich ihrer Einschätzung Bedeutung arbeitsmarktpolitischer Ziele für die THA deutlich machten.

Während Vizepräsident Brahmns hierin eine der Kernaufgaben der Treuhandanstalt sah - auch das Treuhandgesetz gibt diesem Ziel einen hohen Stellenwert -, gab es Mittelagen und auch einen THA-Direktor, der diesem Ziel überhaupt keine Bedeutung für seine THA-Arbeit beimaß. Auch der für die Rechts- und Fachaufsicht zuständige Abteilungsleiter im BMF, John von Freyend, negierte einen beschäftigungspolitischen Auftrag der THA.

Der im Untersuchungsausschuß deutlich gewordene Umgang der THA mit den Zahlen zu Arbeitsplatzzusagen in der Öffentlichkeit wie Ausweis weit überhöhte Zahlen und ihr bisheriger Verzicht auf die Durchsetzung von Vertragsstrafen bestätigen die Zweifel an der Bedeutung der materiellen Arbeitsplatzsicherung für die THA. Diese Zweifel finden sich zum Beispiel auch im Bonusssystem begründet, das der Arbeitsplatzsicherung in frühen Konzeptionen tatsächlich einen hohen Gewichtungsfaktor beimaß, der zuletzt bei zehn Prozent landete.

Die Vernachlässigung einer engen Verzahnung ihrer Arbeit mit der Arbeit der Bundesanstalt für Arbeit (beide zusammen tragen mit jeweils circa 40 Milliarden jährlich ein Viertel zum ostdeutschen Sozialprodukt bei) war daher auch der Hauptvorwurf eines in diesem Zusammenhang vernommenen Vertreters der Bundesanstalt im Untersuchungsausschuß. Für die THA hatte danach die Privatisierung des Kapitals eindeutig den Vorrang vor der Nutzung des Qualifikationspotentials in Ostdeutschland, für dessen Anpassung die Bundesanstalt zehn Milliarden im Jahr ausgibt.

Zur Erhöhung der Wirksamkeit ihrer arbeitsmarktpolitischen Instrumente versuchte die Bundesanstalt über Investitionen in THA-Betrieben Angaben zu ermitteln, was ihr zunächst vom THA-Vorstand (!) verweigert wurde.

Das Gegenteil - eine zumindest zwischen Bundesbehörden abgestimmte Konzeption für den Aufbau Ost - wäre eindeutig der bessere Weg gewesen, auch das haben diese Anhörungen deutlich gemacht.

(-/19. April 1994/ngs/ks)
